

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Ernährung und Landwirtschaft (10. Ausschuss)

- a) **zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD**
– Drucksache 20/1026 –

**Auswirkungen des Ukraine-Krieges auf die globalen Agrarmärkte –
Voraussetzungen für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit der
Bevölkerung mit Lebensmitteln schaffen**

- b) **zu dem Antrag der Abgeordneten Stephan Protschka, Peter Felser, Frank Rinck, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD**
– Drucksache 20/1028 –

**Folgen des Ukraine-Krieges bewältigen – Ernährungssicherheit in
Deutschland sicherstellen**

A. Problem

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der AfD erklärt mit Verweis auf einen Online-Zeitungsartikel einer überregionalen deutschen Tageszeitung vom 18. Februar 2022 in ihren Worten, dass insbesondere die durch die Coronavirus-Krise und die stark gestiegenen Energiepreise verursachte globale Ernährungskrise, die ihr zufolge zuletzt durch den Angriff Russlands auf die Ukraine verschärft wurde, die Risiken großer Abhängigkeiten von internationalen Lieferketten auf erschreckende Art und Weise verdeutlicht hat. Angesichts der nach Angaben der Antragsteller drohenden Engpässe bei Lebensmitteln sowie deutlichen Preissteigerungen ist die Gewährleistung von Ernährungssicherheit nach Auffassung der Fraktion der AfD so wichtig wie nie zuvor.

Mit dem Antrag soll der Deutsche Bundestag zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmitteln aufgefordert werden, insbesondere die Voraussetzungen für die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, besonders des Kulturlandes, für eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion sowie für eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft zu schaffen.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der AfD erklärt, dass sich die Welt bereits vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine in einer globalen Ernährungskrise befunden hat. Mit Verweis auf einen Online-Zeitungsartikel einer überregionalen deutschen Tageszeitung vom 18. Februar 2022 legt sie dar, dass führende Agrarökonomen und Ernährungsorganisationen noch kurz zuvor vor anhaltend hohen Nahrungsmittelpreisen gewarnt haben. Auch für Deutschland wurde nach Angaben der Antragsteller schon vorher eine Verteuerung bei Lebensmitteln erwartet, die damit noch im Jahr 2022 zu einem der in ihren Worten großen Inflationstreiber zu werden droht.

Seit der russischen Invasion der Ukraine haben sich nach Darstellung der Fraktion der AfD insbesondere die Energiepreise sowie die Preise für Weizen und Ölsaaten auf dem Weltmarkt nochmals stark verteuert.

Mit dem Antrag soll der Deutsche Bundestag insbesondere aufgefordert werden, schnellstmöglich die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die deutsche Landwirtschaft, die internationalen Lebensmittelmärkte sowie die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln zu evaluieren und ihr Regierungshandeln dementsprechend auszurichten, dass die Ernährungssicherheit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet werden kann und Lebensmittelpreise bezahlbar bleiben sowie sich auf Ebene der Europäischen Union (EU) mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass keine der im Rahmen des European Green Deal beabsichtigten Maßnahmen für die Landwirtschaft umgesetzt werden.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1026 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/1028 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Zu Buchstabe a

Wurden nicht erörtert.

Zu Buchstabe b

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen;
- b) den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Berlin, den 6. April 2022

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft

Hermann Färber
Vorsitzender

Susanne Mittag
Berichterstatterin

Albert Stegemann
Berichterstatter

Renate Künast
Berichterstatterin

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Stephan Protschka
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Susanne Mittag, Albert Stegemann, Renate Künast, Dr. Gero Clemens Hocker, Stephan Protschka und Ina Latendorf

I. Überweisung

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 21. Sitzung am 17. März 2022 den Antrag auf **Drucksache 20/1026** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 21. Sitzung am 17. März 2022 den Antrag auf **Drucksache 20/1028** an den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Inneres und Heimat, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Verteidigungsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union, den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen sowie den Ausschuss für Klimaschutz und Energie überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Buchstabe a

Die Fraktion der AfD erklärt mit Verweis auf einen Online-Zeitungsartikel einer überregionalen deutschen Tageszeitung vom 18. Februar 2022 in ihren Worten, dass insbesondere die durch die Coronavirus-Krise und die stark gestiegenen Energiepreise verursachte globale Ernährungskrise, die ihr zufolge zuletzt durch den Angriff Russlands auf die Ukraine verschärft wurde, die Risiken großer Abhängigkeiten von internationalen Lieferketten auf erschreckende Art und Weise verdeutlicht hat. Angesichts der nach Angaben der Antragsteller drohenden Engpässe bei Lebensmitteln sowie deutlichen Preissteigerungen ist die Gewährleistung von Ernährungssicherheit nach Auffassung der Fraktion der AfD so wichtig wie nie zuvor.

Die Fraktion der AfD bemängelt mit Bezug auf eine schriftliche Antwort der Bundesregierung vom 28. Dezember 2021 zur Entwicklung des Selbstversorgungsgrades für Nahrungsmittel in den vergangenen zehn Jahren (2010 bis 2020) in Deutschland, dass dieser zuletzt (2019/2020) nur noch bei 88 Prozent mit Erzeugung (tierischer Produkte) aus Auslandsfutter bzw. bei 80 Prozent ohne Erzeugung (tierischer Produkte) aus Auslandsfutter gelegen hat. Die Antragsteller kritisieren, dass Deutschland nur bei Weichweizen, Gerste, Kartoffeln, Zuckerrüben sowie Schweinefleisch und Milch Selbstversorger ist. Deutschland ist laut der Fraktion der AfD bereits im erheblichen Maße von Nahrungsmittelimporten abhängig, um den eigenen Bedarf zu decken.

Dazu kommt für die Antragsteller, dass die hiesigen wertvollen landwirtschaftlich nutzbaren Böden eine knappe Ressource sind und durch den nach wie vor anhaltenden hohen Flächenverbrauch täglich abnehmen, obwohl nach Aussage der Fraktion der AfD immer mehr Menschen davon ernährt werden müssen. Die Antragsteller machen darauf aufmerksam, dass allein in den vergangenen 30 Jahren in Deutschland 1,4 Millionen Hektar Agrarfläche für Siedlungs- und Verkehrszwecke durch Verbauung vernichtet wurden. Um den anstehenden Herausforderungen zu begegnen und die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in Deutschland zu gewährleisten, müssen für die Fraktion der AfD die Voraussetzungen für die Sicherstellung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmitteln – nach Schweizer Vorbild – geschaffen werden.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll der Deutsche Bundestag zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmitteln aufgefordert werden, die Voraussetzungen zu schaffen für

- a) die Sicherung der Grundlagen für die landwirtschaftliche Produktion, insbesondere des Kulturlandes;
- b) eine standortangepasste und ressourceneffiziente Lebensmittelproduktion;
- c) eine auf den Markt ausgerichtete Land- und Ernährungswirtschaft;
- d) grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen;
- e) einen ressourcenschonenden Umgang mit Lebensmitteln.

Zu Buchstabe b

Die Fraktion der AfD erklärt, dass sich die Welt bereits vor dem Angriff Russlands auf die Ukraine in einer globalen Ernährungskrise befunden hat. Mit Verweis auf einen Online-Zeitungsartikel einer überregionalen deutschen Tageszeitung vom 18. Februar 2022 legt sie dar, dass führende Agrarökonominnen und Ernährungsorganisationen noch kurz zuvor vor anhaltend hohen Nahrungsmittelpreisen gewarnt haben. Auch für Deutschland wurde nach Angaben der Antragsteller schon vorher eine Verteuerung bei Lebensmitteln erwartet, die damit noch in 2022 zu einem der in ihren Worten großen Inflationstreiber zu werden droht.

Seit der russischen Invasion der Ukraine haben sich nach Darstellung der Fraktion der AfD insbesondere die Energiepreise sowie die Preise für Weizen und Ölsaaten auf dem Weltmarkt nochmals stark verteuert. Die Antragsteller legen mit Verweis auf einen Online-Zeitungsartikel einer überregionalen deutschen Tageszeitung vom 27. Februar 2022 dar, dass die durch den Krieg in der Ukraine verursachten Produktionsausfälle, die Schäden an den Häfen sowie die vielfältigen Sanktionen außerdem zu einem starken Exportrückgang (von u. a. Weizen) führen dürften. Mit Verweis auf einen Online-Artikel eines Agrarfachmagazins vom 25. Februar 2022 führt die Fraktion der AfD aus, dass das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) in dieser aus ihrer Sicht kritischen Situation noch nicht mit Versorgungsengpässen in Deutschland rechnet, jedoch aufgrund der erneuten Kostensteigerungen, wie z. B. bei Düngemitteln und Energie, von einer weiteren Verteuerung der Lebensmittel in Deutschland ausgeht und eine Steigerung der Inflationsrate nicht ausschließt.

Die Bundesregierung steht angesichts dieser aus Sicht der Antragsteller bestehenden Bedrohung in der Pflicht, schnellstmöglich die Ernährungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland sowie bezahlbare Lebensmittelpreise für die Bürger sicherzustellen. Die Fraktion der AfD erklärt in ihren Worten, dass sich die Bundesregierung in keinem Fall in dieser Ausnahmesituation durch Nichthandeln an den drohenden Lebensmittelengpässen oder einer Hungersnot in Deutschland, Europa oder der Welt mitschuldig machen darf.

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll der Deutsche Bundestag insbesondere aufgefordert werden,

1. schnellstmöglich die Auswirkungen der Ukraine-Krise auf die deutsche Landwirtschaft, die internationalen Lebensmittelmärkte sowie die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln zu evaluieren und ihr Regierungshandeln dementsprechend auszurichten, dass die Ernährungssicherheit zu jedem Zeitpunkt gewährleistet werden kann und Lebensmittelpreise bezahlbar bleiben;
2. sich auf Ebene der Europäischen Union (EU) mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass keine der im Rahmen des European Green Deal beabsichtigten Maßnahmen für die Landwirtschaft umgesetzt werden;
3. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die beabsichtigte pauschale Halbierung des Einsatzes chemischer Pflanzenschutzmittel bis 2030 nicht weiterverfolgt wird;
4. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass das verbindliche Vorhalten von vier Prozent nichtproduktiven Flächen (Zwangsbrache) im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU ab 2023 sowie die weiteren Anreize für bis zu sieben Prozent nichtproduktive Flächen auf Ackerland zu Gunsten einer höheren Basisprämie ausgesetzt werden;
5. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die beabsichtigte Neuausweisung der nitratbelasteten Gebiete („rote Gebiete“) als Teil der Düngeverordnung ausgesetzt wird und zwischenzeitlich die unzureichende Datengrundlage für die Nitratbelastung durch die Landwirtschaft so zu verbessern, dass sie den Erfordernissen des Verursacherprinzips im Gewässerschutz gerecht wird;

6. sich auf EU-Ebene dafür einzusetzen, dass die deutsche Landwirtschaft zeitnah über die Krisenreserve der Gemeinsamen Marktordnung (GMO) beim Kauf von Mineraldünger unterstützt wird;
7. den Flächenverbrauch für Siedlungs- und Verkehrszwecke verstärkt auf das 30-Hektar-Ziel zu reduzieren und dabei berücksichtigen, dass der im Koalitionsvertrag (zwischen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP für die 20. Wahlperiode) vereinbarte „massive Ausbau von Photovoltaik- und Windkraftanlagen“ nicht auf Agrarflächen stattfindet und wegen massiven Verbrauchs von Agrarflächen und Naturschutzflächen (Waldbestand) bei gleichzeitig erwiesener Nutz- und Wirkungslosigkeit eingestellt wird;
8. vom Ziel abzurücken, die Nutztierbestände in Deutschland zu reduzieren.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Buchstabe a

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 10. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 7. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat in seiner 10. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 6. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 9. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 9. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 6. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Zu Buchstabe b

Der **Auswärtige Ausschuss** hat in seiner 10. Sitzung 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat in seiner 7. Sitzung 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 6. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 9. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat in seiner 9. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 6. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** hat in seiner 8. Sitzung am 6. April 2022 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD empfohlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Zu den Buchstaben a und b

1. Abschließende Beratung

Der Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft hat den Antrag auf Drucksache 20/1026 sowie den Antrag auf Drucksache 20/1028 in seiner 7. Sitzung am 6. April 2022 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** kritisierte die Äußerungen der Fraktion der AfD. Es bestehe eine große Ernährungssicherheit in Deutschland. Es existiere derzeit ein Preisproblem bei Nahrungsmitteln, aber es bestehe kein Ernährungsproblem. Klar sei, dass in der derzeitigen Situation von der Politik gehandelt werden müsste. Auf Ebene der Europäischen Union (EU) werde diesbezüglich gerade verhandelt, dass in Deutschland entsprechende Unterstützungsmaßnahmen laufen könnten. Auch im Bundeshaushalt werde im Bereich Landwirtschaft auf die aktuelle Situation Rücksicht genommen. Zudem werde derzeit beraten, wie die Ukraine sowie die Hungergebiete weltweit finanziell, organisatorisch sowie mit Lebensmitteln unterstützt werden könnten. Die Abwendung von Hunger sei bedauerlicherweise kein neues Problem. Wenn dieses in der Folge der Entwicklung auf dem globalen Weizenmarkt noch deutlicher würde, wäre die Fraktion der SPD froh darüber, wenn auf deutscher Ebene, auf EU-Ebene sowie auf internationaler Ebene noch mehr Staaten die betroffenen Regionen unterstützen würden, da bekanntermaßen die Lebensmittelrationen des Welternährungsprogramms (WFP) der Vereinten Nationen (VN), weil einige Beitrittsländer nicht bzw. ausreichend gezahlt hätten, bereits zuvor halbiert worden seien. Dieses Problem sei jetzt nochmals richtig deutlich worden, habe aber inhaltlich nicht zwingend etwas mit den Anträgen der Fraktion der AfD zu tun. Die Fraktion der SPD schließe sich daher der Fraktion der FDP an, dass die Anträge der Fraktion der AfD populistisch seien und nicht den Kern der Sache trafen, was diese selber auch wisse.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellte fest, die Anträge der Fraktion der AfD seien abzulehnen, da sie lediglich oberflächliche und allgemeine populistische Forderungen enthielten, die längst von den CDU/CSU-geführten Bundesregierungen bis 2021 umgesetzt worden wären und auch von der neuen Bundesregierung durchaus weiter verfolgt würden. Ferner sei der Verweis im Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/1026 auf die Schweiz als Vorbild für Lebensmittelsicherheit völlig fehl am Platze, weil es dort – mit einem Brutto-Selbstversorgungsgrad von ca. 57 Prozent – keine zufriedenstellende Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit im Land produzierten Lebensmitteln gebe. Hier seien auch die „Einkaufstouristen“, die u. a. in Baden-Württemberg nur zu gut gekannt würden, zu nennen. Zudem müsse festgehalten werden, dass bei dem genannten Beispiel 100 Prozent des Saatgutes für Gemüse sowie Dünger, Treibstoff und Pflanzenschutzmittel mehrheitlich aus dem Ausland importiert werden müssten. Zudem sei der Antrag der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/1026 ein Widerspruch in sich. In ihm werde von der Fraktion der AfD erst der internationale Markt aufgrund von vermeintlichen Abhängigkeiten abgelehnt und sich für den Aufbau der heimischen Selbstversorgung ausgesprochen. Gleichzeitig fordere die Fraktion der AfD zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Lebensmitteln wiederum den Aufbau einer Lebensmittelproduktion unter Einfluss grenzüberschreitender Handelsbeziehungen.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, sie lehne die Anträge der Fraktion der AfD ab, weil sie wieder eine Krise gegen die andere ausspielten. Sie stellten ein komplettes Rollback dar und forderten genau das, was die Politik in den letzten Jahrzehnten im Agrarbereich falsch gemacht hätte und was komplett in die Sackgasse geführt hätte: das Mantra, immer mehr produzieren zu müssen, immer höher, schneller und weiter gehen zu müssen sowie immer noch mehr Dünger und Pestizide einsetzen zu müssen. Dazu gehöre vor allen Dingen die falsche Annahme, dass der Markt alleine alles richten würde, ohne dass dabei hinterfragt werde, was eigentlich gesund und gut für die Menschen sei, was sinnvoll sei und was enkeltauglich sei, d. h. ohne auf die planetaren Grenzen zu schauen. Es sei von Seiten der Fraktion der AfD nichts aus der Biodiversitäts- und aus der Klimakrise gelernt worden. Es müssten Ressourcen intelligent, d. h. systemisch, genutzt werden. Die Versorgungssicherheit mit Lebensmitteln in Deutschland, das sei in der Sitzung des Ausschusses am 9. März 2022 von der Bundesregierung ausführlich dargelegt worden, sei gewährleistet. Sie wäre auf nationaler Ebene sowie weltweit noch viel sicherer, wenn nicht jedes zweite Getreidekorn in den Futtertrog von Nutztieren geworfen würde, sondern sich gesünder ernährt und auf die planetaren Grenzen geachtet würde, d. h. auf „Klasse statt Masse“ gesetzt würde. Dann müssten auch nicht mehr 60 Milliarden Euro pro Jahr in das Gesundheitssystem, z. B. für die Behandlung von Adipositas, „gesteckt“ werden. Die Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP wollten deshalb eine Ernährungsstrategie auf den Weg bringen, die regionalen Wertschöpfungsketten stärken und den ökologischen Anbau voranbringen, weil sie systemisch und im Komplex denken würden und nicht das alte System immer weiter forcieren wollten, was den Planeten zerstören würde.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, sie lehne die Anträge der Fraktion der AfD ab, weil sie nur Populismus statt praktischer Orientierung zum Thema Versorgungssicherheit böten. Es gebe in Deutschland entgegen der Behauptungen der Fraktion der AfD tatsächlich keine Versorgungsnot bei Lebensmitteln. Wenn die Lebensmittel in Deutschland etwas teurer würden, habe dieses automatisch u. a. zur Folge, dass mit ihnen, Stichwort Lebensmittelverschwendung, achtsamer umgegangen werde. Die Preiserhöhungen, die bei Lebensmitteln derzeit zu verzeichnen seien, seien in der Regel nicht existentiell. Bei anderen Dingen, Stichwort Energie, sei die Situation

etwas anders, was aber in den Anträgen der Fraktion der AfD keine Rolle spiele. Es müsse sich tatsächlich genau überlegt werden, wie mit den hiesigen Äckern umgegangen werde bzw. für was sie genutzt würden. Es sei von großer Bedeutung für die Fraktion der FDP, jetzt darauf zu achten, dass keine Flächen stillgelegt würden. Zudem könne mit der Frage, ob das Getreide in den Futtertrog komme und damit Fleisch erzeugt werde, auch anders, als von anderen Fraktionen dargestellt, umgegangen werden. Die Frage sei zudem, ob auf den heimischen guten Böden Strom erzeugt werden sollte oder sie stattdessen dazu genutzt werden sollten, um den Aufgaben bei der Ernährung gerecht zu werden. Gewusst werde, dass 30 Prozent des Getreides weltweit durch Russland und die Ukraine produziert würden, wovon der größte Teil nach Afrika gehe. Möglicherweise könne dort durch ausbleibende Getreideexporte Hunger die Folge sein, was eine Flüchtlingswelle entstehen lassen könnte. Daher müsse Deutschland seinen Aufgaben bei der Nahrungsmittelproduktion gerecht werden. Wenn es hier nur an sich denken würde, wäre dieses egoistisch. Es müsse dafür gesorgt werden, dass Deutschland jetzt entsprechend mehr Nahrungsmittel produzieren könne. Die hiesigen Landwirte wiesen richtigerweise darauf hin, dass sie nicht mehr düngen würden als notwendig sei. Ohne ausreichende Düngung würde sich die landwirtschaftliche Produktion deutlich reduzieren, was sich im Moment nicht geleistet werden könne.

Die **Fraktion der AfD** legte dar, wegen der seit einem Jahr „explodierenden“ Energiepreise, der Lieferkettenstörungen im Zusammenhang mit der Coronavirus-Krise sowie der weltweiten sog. Dünger-Krise wäre es bereits vor dem Krieg gegen die Ukraine zu kräftigen Preissteigerungen bei Grundnahrungsmitteln in Deutschland gekommen. Der völkerrechtswidrige Angriff Russlands auf die Ukraine habe die schon vorher ernste Situation verschärft. Es sei leider von weiteren heftigen Verteuerungen und Verknappungen im Lebensmittelbereich auszugehen. Die Bundesregierung stehe jetzt vor allem in der Pflicht, schnellstmöglich die Ernährungssicherheit der Bundesrepublik Deutschland sowie bezahlbare Lebensmittelpreise für alle Bürger sicherzustellen. Die Ausweitung der landwirtschaftlichen Produktion sei die einzig sinnvolle Maßnahme gegen die drohende Lebensmittelknappheit und gegen die extremen Preissteigerungen. Es könne sich eine weitere Extensivierung der deutschen Landwirtschaft nicht geleistet werden. Alle produktionseinschränkenden Maßnahmen in der Agrarpolitik müssten deshalb sofort auf den Prüfstand und ggf. sofort ausgesetzt werden. Zudem müsse die Versorgung mit Dünge- und Pflanzenschutzmitteln für die kommenden Jahre sichergestellt werden, da die Situation in der Ukraine vermutlich länger andauern könnte. Außerdem müsste die heimische Landwirtschaft dringend entlastet werden. Deren Betriebe litten seit vielen Monaten unter den explodierenden Energie- und Betriebsmittelkosten. Die nun dazukommenden Futtermittelengpässe belasteten diese ebenfalls schwer und erzeugten zusätzlichen Kostendruck und Einkommenskürzungen. Hier sei dringend eine spürbare Unterstützung durch die Bundesregierung gefragt. Deutschland habe mit die fruchtbarsten Böden und die höchsten Getreideerträge der Welt. Es wäre falsch, wenn in dieser Situation politisch die Produktion von Getreide gedrosselt und somit das Angebot weiterhin verknappt würde. Wenn in anderen Ländern die Menschen von Hunger und Tod bedroht seien, hätte Deutschland hier eine ethische und moralische Verantwortung gegenüber diesen Menschen. Mit einer Zustimmung zu ihren Anträgen durch die anderen Fraktionen könnten gemeinsam den notwendigen Rahmenbedingungen für eine stärkere Landwirtschaft und die Stärkung der Ernährungssicherheit in die Wege geleitet werden. Auch bei der Nahrungsmittelverschwendung müsste gemeinsam ein Schritt vorangegangen werden, denn nur so werde sich in der Lage befinden, den Ausfall der Ukraine und von Russland als Nahrungsmittellieferant zu gewährleisten bzw. zu kompensieren.

Die **Fraktion DIE LINKE**. äußerte, sie stimme den Äußerungen anderer Fraktionen zu, dass es in Deutschland kein Ernährungsproblem gebe, d. h. die Ernährung in Deutschland gesichert sei. Es existiere im Land ein Preisproblem und global gesehen ein Verteilungsproblem bei Lebensmitteln. Die Abkehr vom Green Deal der EU bzw. von den Maßnahmen, die ökologisch dringend angeraten seien, um die Biodiversität zu erhalten, könnten jetzt nicht einfach, wie von der Fraktion der AfD unverständlicherweise gefordert, gestoppt werden. Die eine Krise könne nicht durch die andere ausgespielt werden, indem jetzt die Rolle rückwärts gemacht werde. Die Aussetzung des Green Deal würde nicht dazu führen, dass die Preise für Lebensmittel niedriger würden. Das sei ein Irrglaube der Fraktion der AfD. Vielmehr sollte darüber nachgedacht werden, wie jetzt seitens der Bundesregierung die höheren Einnahmen, die es möglicherweise aus der Mehrwertsteuer geben werde, dazu genutzt werden, um mehr an die Verbraucherinnen und Verbraucher zu denken, d. h. sie dazu zu verwenden, um die Preise zu stützen. Die eingeleitete sozialökologische Ausrichtung der Agrar - und Ernährungspolitik sei für die Fraktion DIE LINKE. unumkehrbar.

2. Abstimmungsergebnisse

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/1026 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 20/1028 abzulehnen.

Berlin, den 6. April 2022

Susanne Mittag
Berichterstatlerin

Albert Stegemann
Berichterstatter

Renate Künast
Berichterstatlerin

Dr. Gero Clemens Hocker
Berichterstatter

Stephan Protschka
Berichterstatter

Ina Latendorf
Berichterstatlerin

